



Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bezugsbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 fr. — 2) in dem Königreich Würtemberg, dem Hohenzollernschen Fürstenthumern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 fr. — 3) in Wimpfen fl. 2. 38 fr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 fr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die übrigen Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Die Inseratgebühren betragen für die Zeile (1/4 Breite) mit Petitdruck oder deren Raum 8 fr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die übrigen Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerich in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

# Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

## Inhalt.

**Ueber Oesterreich.**  
Deutschland. Frankfurt (Die Kündigung des deutsch-dänischen Waffenstillstandes. Die Coalition und die Einheitspartei. Die Erklärung der bayer. Regierung gegenüber dem Verfassungswerk). Wien (Attentate gegen Soldaten. Vermischtes. Vom Kriegsschauplatz. Aus Ferrara). Berlin (Die Thronrede. Literarische Novitäten. Das Verhältnis zu Rußland. Die Abgeordneten außerhalb der Kammern). Stettin (Schwarzweiße und Schwarzrothgoldene). Hannover (Aus der zweiten Kammer Die preussische Erklärung betreffs der Grundrechte). Stuttgart (Ein Beschluß der Kammer der Standesherrn. Papiergeld). Mannheim (Erklärung des vaterländischen Vereins). Sieben (Die Jahresfeier der französischen Revolution in Sieben). Bremen (Senator Fritz).  
Schweiz. Luzern (Die Spielwächter).  
Italien. Toscana (Verwirrung). Florenz (General de Laupier flüchtig nach Sardinien. Der Großherzog und seine Familie nach Gaeta).  
Frankreich. Paris (Die Allianz zwischen Oesterreich und Rußland. Audienz des päpstlichen Nuntius. Nationalversammlung. Die Wahlcomites. Verurtheilungen an der Vöge).  
Nachschrift.  
Börsenberichte.

und eines weiteren Vereins, wenn auch nur vorübergehend, dennoch unvermeidlich. Im entgegengesetzten Falle wird man die Rechte und Pflichten der Bundesglieder und der Reichsgewalt nicht streng und entschieden genug aufstellen können, damit der Vollzug gesichert werde. Käme es dann zu einem Directorium, so könnte es nur ein Directorium mit verschiedenen Befugnissen der einzelnen Glieder sein, nicht aber mit einem Turnus, durch den man nur den innern Krieg organisiren könnte.  
Von großem Einfluß wird die Erklärung des preussischen Landtags über das Verfassungswerk sein. Sprechen sich die Stände Preußens im echt deutschen Sinne aus, erkennen sie die Oberherrlichkeit der Nationalversammlung und des künftigen deutschen Parlaments in den gemeinsamen Angelegenheiten Deutschlands unumwunden an, so wird kein rein deutscher Staat zögern dürfen, diesem Beispiel zu folgen, und die Sache der deutschen Einheit ist gewonnen. Wir sind daher gleich sehr auf die Nachrichten gespannt, die uns von Olmütz, als auf die, welche uns von Berlin zukommen werden.

Maveaur, Schoder und H. Simon gegen eine Verbindung mit den Oesterreichern, für dieselbe Herr Vogt gesprochen haben. Die Weidenbuschvereinigung ist inzwischen zu einer festen Organisation gelangt. Ein auf vier Wochen gewähltes Comité steht an der Spitze, und regelmäßige Zusammenkünfte werden fortan die Mitglieder immer enger zusammenführen. Die nächste findet übermorgen Abend statt.  
Frankfurt, 1. März. Wie wir aus sicherer Quelle vernehmen, hat die dänische Regierung den Waffenstillstand gekündigt, der somit am 26. März sein Ende erreicht. Das Reichsministerium soll für diesen Fall längst alle Vorbereitungen getroffen haben, und die gemeinsame Regierung der Herzogthümer hält bereits die Verpflegung für 80,000 Mann bereit. Demungeachtet zweifeln Wohlunterrichtete noch sehr an dem wirklichen Wiederausbruche der Feindseligkeiten.  
Frankfurt, 1. März. Heute hat nun auch Bayern seine Erklärung über die Bestimmungen der deutschen Verfassung nach der ersten Lesung eingereicht. Bayern behält sich darin wie Sachsen das Recht vor, sich erst nach vollendeter Verfassung endgiltig über deren Annahme oder Nichtannahme zu entscheiden, verwirft ein einheitliches Oberhaupt, und erklärt sich für ein Directorium, unter Wegfall des Reichsraths. Es besteht ferner auf dem Beitritt Oesterreichs (ohne indeß die Mittel anzugeben, mit welchen Oesterreich zu zwingen wäre, im Falle es beharrlich nicht wollte) und beschränkt in seinen Einwendungen gegen die einzelnen Paragraphen die künftige Centralgewalt in so hohem Grade, daß von dem Charakter eines Bundesstaats fast nichts übrig bleibt. In dieser Beschränkung und Lockerung geht es noch viel weiter als Sachsen, ja als der sogenannte großdeutsche Verfassungsentwurf selbst, wofür nur das Beispiel anzuführen ist, daß es das ganze deutsche Heerwesen lediglich in der alten Bundeskriegsverfassung, und die künftigen Reichsfinanzen auf die bisherigen Matricular-Ausschreiben beschränkt lassen will. Wahrlich, wir haben von der jetzigen bayerischen Regierung wenig für die einheitliche Macht unseres künftigen Bundesstaates erwartet, auf Vorschläge aber, die kaum begreifen lassen, warum man nicht lieber bei der alten Bundesverfassung selbst stehen blieb, waren wir nicht gefaßt.  
Wien, 25. Febr. Bei den noch immer vorkommenden Attentaten gegen das Militär hat der Gemeinderath einen Preis von 200 bis 500 fl. auf die Ergreifung oder Anzeige des Thäters festgesetzt. Heute Nacht wurde auf der steinernen Wienbrücke nächst der Vorstadt Wieden abermals auf einen Soldaten geschossen; doch ward derselbe nicht getroffen. Gestern Abend wurde in der Jägerzeile ein Kutscher und ein Reitknecht arretirt, bei denen man eine geladene Pistole vorgefunden hat. Beide sollen morgen erschossen werden. Der Gouverneur Welden hat indeß in einem Erlasse an den Gemeinderath erklärt, daß auch künftighin jene Personen, die ihre Waffen freiwillig abliefern, den gesetzlichen Strafen nicht unterliegen sollen. — In dem neuen Entwurfe zu einem Gemeindegesetz ist die sehr wichtige Bestimmung erhalten, daß unter keinem Vorwande eine geheime Sitzung gehalten werden soll. Daß dies bis jetzt bei dem Wiener Gemeinderathe nicht geschieht, ist bloß dem Ausnahmestande zuzuschreiben; daß er aber von den einmal gefaßten Beschlüssen einige der Deffentlichkeit vorenthält, wird scharf gerügt, wie nicht minder die so späte Veröffentlichung seiner Sitzungsprotocolle. — Aus Prag erfährt man, daß J. M. v. Khevenhüller die Prager Nationalgarde aufforderte, die Altstädter Rathhauswache dem k. k. Militär einzuräumen, widrigenfalls sie gewaltsam in Besitz genommen würde.  
Szegedin in Ungarn soll bereits von den Serben eingenommen sein, die, so oftmals sie zurückgeschlagen wurden, die umliegenden Dörfern auf grausame Art verwüsteten. Zombor und Maria-Theresiopel sollen gleichfalls die Wuth und Erbitterung der Serben in derselben Weise erfahren haben. — General Fürst Jablonowsky hat über eine Abtheilung des Görgey'schen Corps einen Sieg erfochten.  
Die „Wiener Zeitung“ enthält einen officiellen Bericht über bereits bekannte, in letzter Zeit vorgekommene mannigfache Vertragsverletzungen und Völkerrechtswidrigkeiten in Ferrara. Da es nicht möglich gewesen, von den römischen Behörden die gebührende Genugthuung zu erlangen, so überschritt eine Brigade k. k. Truppen unter dem Befehle des Generalmajors Grafen Coronini am 18. d. M. den Po, rückte um 1 Uhr Nachmittags ohne allen Widerstand in Ferrara ein, und bezog das Lager am Glacis der Citadelle. Einer Deputation der Stadt, welche sich dem das zweite Reservecorps commandirenden J. M. v. Haynau vorstellte, eröffnete derselbe die Veranlassung und den Zweck seiner Ankunft und übergab ihr eine Kundmachung, worin unsere Beschwerden ausführlich motivirt und die dafür von der Stadt zu leistende Genugthuung genau angegeben ist. Die Hauptpunkte der gestellten Forderungen waren: 1) Auslieferung der an der Ermordung der drei k. k. Soldaten Schuld-

## Ueber Oesterreich.

Die Politik der österreichischen Regierung ist anscheinend in solche Widersprüche verfallen, daß, wie gerne man ihr die besten Absichten zutrauen möchte, es schwer hält, sie nicht der Zweideutigkeit anzuliegen, und auf weiter gehende Pläne zu schließen. Es ist nicht recht einzusehen, wie Oesterreich die militärische Hilfe Rußlands in Siebenbürgen in Anspruch nehmen, oder sich doch gefallen lassen kann, zugleich aber in Deutschland der republikanischen Partei die Hand reichen mag, um das Zustandekommen einer ihm unerwünschten Verfassung zu verhindern. Die Antwort liegt indeß sehr nahe. Die Localbehörden Siebenbürgens haben die russischen Truppen ohne Ermächtigung der österreichischen Regierung herbeigerufen, und wenn in Frankfurt von österreichischen Organen mit der linken Seite der Nationalversammlung geliebäugelt wird, so geschieht dies ohne Wissen und Willen der österreichischen Regierung. Diese ist zu deutsch und zu conservativ gesinnt, als daß sie, wenn sich hätte vorhersehen lassen, daß sie der militärischen Hilfe eines befreundeten Staates gegen ihre aufrührerischen Unterthanen bedürfen würde, nicht die des deutschen Bundes in Anspruch genommen hätte, statt derjenigen Rußlands. Der deutsche Bund hatte das Recht und die Verpflichtung zu solcher Hilfeleistung für die deutschen Staaten Oesterreichs, und durch die militärische Besetzung dieser Provinzen wäre eine solche Masse österreichischer Truppen disponibel geworden, daß man die russischen Truppen sicher hätte entbehren können. Und wie soll nun vollends Oesterreich dazu kommen, sich in Deutschland mit den Gesinnungsgenossen Jener in Verbindung zu setzen, welche die Fahne des Aufbruchs in Wien und Ungarn erhoben? So etwas kann von keiner Regierung geschehen, die sich selbst achtet und die Consequenzen bedenkt. Einzelne Oesterreicher mögen im übertriebenen Eifer für die Interessen ihrer Monarchie wohl so weit gehen, allein die Regierung wird es ihnen gewiß nicht danken. Deshalb leben wir auch der Ueberzeugung, daß Oesterreich sich beeilen werde, die Mißverständnisse aufzuklären, die sich von verschiedenen Seiten über seine Verfahrungsweise erheben. Es kann einer Macht wie Oesterreich nicht gleichgültig sein, wie das übrige Deutschland von ihm denkt und sich zu ihm stellt. Oesterreich will an der Spitze des deutschen Bundesstaates bleiben, und wenn dies der Fall ist, wird es auch nicht den leisesten Zweifel über seine offene und deutsche Gesinnung aufkommen lassen. Insbesondere wird Oesterreich in kein unklares Verhältnis zu Preußen treten wollen. Noch sind die Verhältnisse Europa's zu wenig geordnet, noch ist überall des Zündstoffes zu viel, als daß Oesterreich nicht bemüht sein sollte, Alles, was von ihm abhängt, zu thun, um ein Einverständnis mit Preußen über die deutsche Verfassungsangelegenheit herbeizuführen. Nur Eines wird hierbei nicht mehr zu erzielen sein, daß nämlich Preußen sein Interesse ohne Weiteres dem Oesterreichs unterordnet. Wollte es dies, so würde es das Vertrauen seines eigenen Volkes und das des übrigen Deutschlands verlieren, und diese Annäherung darf ihm daher auch nicht von Oesterreich gestellt werden. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß sämtliche deutsche Staaten sich für die Nothwendigkeit eines deutschen Parlaments und eine oberste gemeinsame Gesetzgebung aussprechen werden, und nur das ist noch ungewiß, ob Oesterreich sich für seine deutschen Staaten dieser Gesetzgebung in gleicher Weise unterwerfen kann, wie es alle übrigen deutschen Staaten thun werden. Auf diesen Punkt ist daher die Verständigung mit Oesterreich zu leiten, und ist man hierüber im Reinen, so wird sich die Erledigung der Oberhauptfrage gleichsam von selbst ergeben. Verlangt Oesterreich für sich irgend eine Exemption, sei es rücksichtlich der Anerkennung oder des Vollzugs der neuen Bundesverfassung, so ist die Bildung eines engeren

## Deutschland.

RO Frankfurt, 1. März. Die preussische Thronrede wird hier je nach den auseinandergehenden Parteiinteressen mit Freude oder mit fingirter Gleichgültigkeit aufgenommen. Ihre Trockenheit ist ohne Zweifel eine Tugend. Denn fast gilt von diesen Königsreden, daß diejenigen die besten, deren weder in Lob noch Tadel gedacht werde. Wir indessen sind berechtigt, große Hoffnungen an diejenigen Worte zu knüpfen, welche den preussischen Kammern die Förderung der deutschen Sache ans Herz legen. Denn wir dürfen auf den Eifer von Männern wie Binde, Schwerin und Camphausen rechnen, da diese noch im Scheiden für Frankfurt und für den Bundesstaat dort zu wirken verheißt haben. Einen eigenhümlichen Gegenjag bildet die Stelle der Thronrede, welche das Verhältnis zu Dänemark berührt, gegen die gestern hier eingelaufene Nachricht von der Kündigung des Malmöer Waffenstillstandes. Schwerlich ist es dabei ernstlich auf die Wiederaufnahme des Krieges abgesehen. Das Schreiben des dänischen Cabinets sucht in einer feindseligen Sache einen möglichst freundlichen Ton anzuschlagen. Man wünscht eine versöhnliche Stellung Deutschland gegenüber einnehmen zu können, nur sei der Zustand im nördlichen Schleswig ein so unerträglich gewesen, daß man sich genöthigt sehe, demselben ein Ende zu machen. Aus dieser zweideutigen Haltung, so wie aus diesem ganzen Schritt erbellt für uns nur von Neuem, wie precär die Lage der dänischen Regierung ist. Es ist dies nicht die erste Halbheit, deren sie sich schuldig macht. Im Gedränge zwischen dem eignen Reichstag einerseits und den Großmächten andererseits, erklärt sie den Waffenstillstand für aufgehoben und möchte doch Frieden haben. Wir wagen nicht zu beurtheilen, ob ein solches System auf die Dauer durchgeführt werden kann; aber so viel ist gewiß, daß Deutschland nicht nöthig hat, demselben gegenüber sich nachgiebig und besorgt zu zeigen. Das Reichsministerium ist in der That nicht gemeint, sich schrecken zu lassen, und etwa irgend etwas zu Gunsten Dänemarks von den Bedingungen des Malmöer Waffenstillstandes nachzulassen. Ein Courier ist sofort nach London abgegangen. Unterstützt von Lord Cowley wird das Reichsministerium dort die Ansicht mit Nachdruck geltend machen, daß die Fortdauer der Waffenruhe die unerläßliche Bedingung für die Fortsetzung der Friedensunterhandlungen sei. Im Reichskriegsministerium haben übrigens bereits im Laufe des heutigen Vormittags Conferenzen in Bezug auf die eingetretene Kündigung des Stillstandes stattgehabt. Dieselben hatten umfassende militärische Maßregeln zum Gegenstande. Der Kriegsminister wird trotz seines immer noch gedrückten Gesundheitszustandes keinen Augenblick seine Thätigkeit einstellen, da er nichts von seiner Energie und geistigen Klarheit eingebüßt hat. Das neue Stadium, in welches das Verhältnis Deutschlands zu Dänemark getreten ist, ruft uns jenen verhängnißvollen 18. September ins Gedächtniß zurück. Fast scheint es, daß die Nationalversammlung jetzt wieder einer Mahnung wie damals bedarf. Von Weitem haben wir ja den Einfluß der Diplomatie bereits gespürt: sollen wir warten, bis dieselbe noch hörbarer an die Thüren der Paulskirche anklopft? Wird sich diesen Gefahren gegenüber jene Majorität noch länger halten, welche in den letzten Wochen die Bestrebungen derer aufgehalten hat, die auf die allein mögliche Weise ein starkes und einziges Deutschland schaffen und die Rückkehr der diplomatischen Leitung deutscher Angelegenheiten verhindern wollen? Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so ist die Coalition, die auf gegenseitige Benugung abgesehen war, bereits in der Auflösung begriffen. In der vorgestrigen Conferenz der linken Fractionen sollen Männer wie Rappard,

## Deutschland.

Frankfurt, 1. März. Die preussische Thronrede wird hier je nach den auseinandergehenden Parteiinteressen mit Freude oder mit fingirter Gleichgültigkeit aufgenommen. Ihre Trockenheit ist ohne Zweifel eine Tugend. Denn fast gilt von diesen Königsreden, daß diejenigen die besten, deren weder in Lob noch Tadel gedacht werde. Wir indessen sind berechtigt, große Hoffnungen an diejenigen Worte zu knüpfen, welche den preussischen Kammern die Förderung der deutschen Sache ans Herz legen. Denn wir dürfen auf den Eifer von Männern wie Binde, Schwerin und Camphausen rechnen, da diese noch im Scheiden für Frankfurt und für den Bundesstaat dort zu wirken verheißt haben. Einen eigenhümlichen Gegenjag bildet die Stelle der Thronrede, welche das Verhältnis zu Dänemark berührt, gegen die gestern hier eingelaufene Nachricht von der Kündigung des Malmöer Waffenstillstandes. Schwerlich ist es dabei ernstlich auf die Wiederaufnahme des Krieges abgesehen. Das Schreiben des dänischen Cabinets sucht in einer feindseligen Sache einen möglichst freundlichen Ton anzuschlagen. Man wünscht eine versöhnliche Stellung Deutschland gegenüber einnehmen zu können, nur sei der Zustand im nördlichen Schleswig ein so unerträglich gewesen, daß man sich genöthigt sehe, demselben ein Ende zu machen. Aus dieser zweideutigen Haltung, so wie aus diesem ganzen Schritt erbellt für uns nur von Neuem, wie precär die Lage der dänischen Regierung ist. Es ist dies nicht die erste Halbheit, deren sie sich schuldig macht. Im Gedränge zwischen dem eignen Reichstag einerseits und den Großmächten andererseits, erklärt sie den Waffenstillstand für aufgehoben und möchte doch Frieden haben. Wir wagen nicht zu beurtheilen, ob ein solches System auf die Dauer durchgeführt werden kann; aber so viel ist gewiß, daß Deutschland nicht nöthig hat, demselben gegenüber sich nachgiebig und besorgt zu zeigen. Das Reichsministerium ist in der That nicht gemeint, sich schrecken zu lassen, und etwa irgend etwas zu Gunsten Dänemarks von den Bedingungen des Malmöer Waffenstillstandes nachzulassen. Ein Courier ist sofort nach London abgegangen. Unterstützt von Lord Cowley wird das Reichsministerium dort die Ansicht mit Nachdruck geltend machen, daß die Fortdauer der Waffenruhe die unerläßliche Bedingung für die Fortsetzung der Friedensunterhandlungen sei. Im Reichskriegsministerium haben übrigens bereits im Laufe des heutigen Vormittags Conferenzen in Bezug auf die eingetretene Kündigung des Stillstandes stattgehabt. Dieselben hatten umfassende militärische Maßregeln zum Gegenstande. Der Kriegsminister wird trotz seines immer noch gedrückten Gesundheitszustandes keinen Augenblick seine Thätigkeit einstellen, da er nichts von seiner Energie und geistigen Klarheit eingebüßt hat. Das neue Stadium, in welches das Verhältnis Deutschlands zu Dänemark getreten ist, ruft uns jenen verhängnißvollen 18. September ins Gedächtniß zurück. Fast scheint es, daß die Nationalversammlung jetzt wieder einer Mahnung wie damals bedarf. Von Weitem haben wir ja den Einfluß der Diplomatie bereits gespürt: sollen wir warten, bis dieselbe noch hörbarer an die Thüren der Paulskirche anklopft? Wird sich diesen Gefahren gegenüber jene Majorität noch länger halten, welche in den letzten Wochen die Bestrebungen derer aufgehalten hat, die auf die allein mögliche Weise ein starkes und einziges Deutschland schaffen und die Rückkehr der diplomatischen Leitung deutscher Angelegenheiten verhindern wollen? Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so ist die Coalition, die auf gegenseitige Benugung abgesehen war, bereits in der Auflösung begriffen. In der vorgestrigen Conferenz der linken Fractionen sollen Männer wie Rappard,



gen. 2) Stellung von sechs Geißeln als Bürgschaft für die Einhaltung der jetzt vorgeschriebenen Bedingungen. 3) Hinwegräumung der gegen die Citadelle errichteten Barricaden. 4) Wiederaufrichtung der in der Stadt herabgerissenen Wappen ihres rechtmäßigen Oberherrn, Sr. Heiligkeit des Papstes. 5) Einrichtung eines Strafgebotes von 206,000 Scudi, wovon 6000 Scudi als Entschädigung für den seiner ganzen Habe beraubten k. k. Consul Berruzzi. 6) Aufrechtbaltung aller in den früher geschlossenen Conventionen enthaltenen Bedingungen. Sämmtliche Forderungen müssen innerhalb 24 Stunden erfüllt sein, widrigenfalls die Stadt beschossen wird. Nach vor Ablauf der anberaumten Frist erschien abermals die oben erwähnte Deputation, begleitet von dem Cardinal-Erzbischof und dem englischen Consul, um für die Eintreibung der auferlegten Strafsomme eine Verlängerung der Frist zu erbitten, welche auch bis 4 Uhr Nachmittags des 19. laufenden Monats zugestanden wurde. Um diese Zeit wurde das Geld erlegt. Nachdem Feldmarschalllieutenant Frhr. v. Haynau am Morgen des 20. sich überzeugt hatte, daß die Barricaden hinweggeräumt, die päpstlichen Wappen wieder aufgerichtet, auch die Geißeln gestellt waren, schloß er, in Ermangelung jeder andern legalen Autorität, mit der Municipalsbehörde eine Convention ab, deren einzelne Bestimmungen zum Zwecke haben, der k. k. Besatzung die nötige Sicherheit und Bewegungsfreiheit zu gewährleisten, auch den Transport der kranken Soldaten bis zur Grenze sicher zu stellen, da es nicht rathlich schien, nach den vorgefallenen menschlichen Angriffen auf einzelne Militärs die Kranken in dem in der Stadt liegenden Spital zu belassen. Ueber die musterhafte Mannszucht der zu dieser Expedition verwendeten Truppen ist nur eine Stimme. Nachdem schon der Zweck der Expedition erreicht worden war, trat Feldmarschalllieutenant v. Haynau mit der ganzen Brigade seinen Rückmarsch an und rückte schon am Abend des 20. l. M. in Volesello wieder ein. Diese wahrheitsgetreue Darstellung wird genügen, um das Urtheil jedes Unbefangenen über einen Vorfall festzustellen, welcher, wie dies bei den in Italien vorkommenden Tendenzen kaum anders zu erwarten ist, mancherlei Stoff zu ebenso leidenschaftlichen als grundlosen Anklagen zu liefern nicht ermangeln wird.

**Innsbruck, 21. Febr.** Von hier ist an die Kammer der Abgeordneten und die der Reichsräthe des Königreichs Bayern folgende Adresse abgegangen:

„Vertreter des bayerischen Volkes! Sie haben sich in beiden Kammern gegen den verhassten Ausschluß Oesterreichs von Deutschland mit Entschiedenheit ausgesprochen. Dieser feierliche Ruf der würdigen Repräsentanten Bayerns wird widerhallen im großen Vaterlande; er wird beachtet werden, wir hoffen es, im Rath der Männer zu Frankfurt, denen die herrliche Aufgabe zu Theil geworden, ein einiges, großes, mächtiges Deutschland zu schaffen. In unserer Brust hat Ihre Erklärung wie ein brüderlicher Gruß geklungen und den lebhaftesten Dank geweckt. Ja, Vertreter des bayerischen Volks! Wir Tiroler danken Ihnen als Deutsche, daß Sie nimmer zugeben wollen, daß das Vaterland wie zur Zeit seiner tiefsten Erniedrigung zerrissen, daß ein gutes Dittheil seiner schönsten und wichtigsten Länder zur Freude von Deutschlands Feinden einer eigenwilligen Theorie und egoistischen Tendenz geopfert wurde. Wir danken Ihnen, daß Sie nicht ausäßen lassen die Drachensaat der Zwietracht und Feindschaft zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und West. Wir danken Ihnen, daß Sie nicht gehalten, daß die freundliche Einigung der deutschen Stämme, wofür in tausend Kämpfen das edelste Blut geflossen ist, durch unwürdige Intriguen unmöglich gemacht werde, und begrüßen daher hocherfreut in Ihrer Erklärung den mächtig umschwung und Impuls zum Rechten und Guten, den entscheidenden Wendepunkt der deutschen Zukunft. Wir Tiroler danken Ihnen als Oesterreicher, als Bürger des großen Mittelstaates, dessen Herrscher Jahrhunderte hindurch unter Stürmen, aber ehrenvoll, die deutsche Krone getragen haben. Durch Ihre Erklärung haben Sie ermüdet, daß dieser große Staat, „an Siegen und an Ehren reich,“ mächtig herausgewachsen aus deutschem Stamme, deutsch in seinem inneren Kern, der natürliche Träger und Leiter deutschen Geistes, deutscher Bildung, deutschen Einflusses und deutscher Macht in weiten Ländern bis zu fernsten Meeren — ganz und unzerstückelt den gebührenden Platz einnehmen kann im großen Bunde Deutschlands. Patriotische Vertreter Bayerns, wir danken Ihnen noch insbesondere als Tiroler. Denn großentheils Ihre Stammgenossen, insgesamt Ihre Nachbarn, durch das beiderseitige Interesse zu brüderlicher Einigung angewiesen, erfreuen wir Tiroler uns vorzugsweise über die edelmüthige, energische That, welche zwischen den widerthätigen Jermwürsteln fühl- und überraschend den Grundstein zur großen Einigung gesetzt; welche zur engen Verknüpfung Oesterreichs und Bayerns schöne, feste Bande der Freundschaft über Berge und Flüsse weit hin zugeschwungen; welche das Dunkel einer unglücklichen, zwang- und drangvollen Vergangenheit nur zur Fülle der glänzendsten Gegenwart und Zukunft macht. Ja, preiswürdige Vertreter Bayerns! Sie haben mit deutschem Muth, mit kräftiger Hand die lang geschlossene, verriegelte und verammelte Pforte der neuen Zeit aufgerissen, wo alle unnatürlichen Verwicklungen verschwinden, wo herüber und hinüber der freieste Verkehr sich bewegt, wo Bayern und Tirol sich mit ihren Erzeugnissen beschäftigen; wo die Wohlthat beider Länder mehr als je erblüht, wo alle Kräfte zu Schutz und Trutz sich einigen und das geistige Leben in reger Wechselwirkung sich veredelt und veredelt. Wiederum Nachbarn, wir Tiroler wünschen nichts sehnlicher als eine solche Zeit; wir hoffen sie seit der begeisterten Erhebung der hochgefinnten Kammern in München; wir betrachten innetlich den Bund schon als geschlossen und reichen Euch, edle Bayern! über die Berge hin die Bruderhände. Unsere Väter mögen es vom Himmel herab lächelnd sehen. Hoch Deutschland! Hoch Oesterreich! Hoch Bayern! 3. März, den 20. Febr. 1849.“

**AZC. Berlin, 27. Febr.** Unsere heutigen Morgenblätter beschäftigen sich zum Theil schon mit dem Inhalt der Thronrede. Es wiederholt sich dabei dasselbe Schauspiel, welches wir seit Jahren an der Pariser Journalistik wahrzunehmen gewohnt waren. Je nach dem verschiedenen Standpunkt der Beurtheilung ist das Urtheil ein anderes; hier großes Lob, dort großer Tadel. Fassen wir indes die Ansicht ins Auge, welche sich unmittelbar in dem einflussreichen Theil des gebildeten Publikums kund gibt, so bestätigt sich was wir schon gestern andeuteten. Man fand den Inhalt zu allgemein, zu unbestimmt, zu unausreichend, um zu befriedigen. Es wird freilich dieser Tadel an manchen Orten als ein Lob erscheinen, weil er jene weise Zurückhaltung anzudeuten scheint, welche Thronreden von erfahrenen Staatsmännern anempfohlen wird, obwohl sie früher nicht immer in den persönlichen Kundgebungen des erlauchtesten Redners vorherrschte — wie oft behauptet worden ist, zum eigenen Schaden der Krone. Man darf indes jener Ansicht einer zurückhaltenden Ausdrucksweise entgegensetzen, daß im gegenwärtigen Augenblick Dinge vorliegen, über welche das Land bestimmtere Erklärungen entgegenzunehmen ein großes und gerechtes Interesse hat. Es

ist dies die Verfügung des Belagerungszustandes über die Hauptstadt, die deutsche Frage, der dänische Krieg, die Finanzlage des Landes und Anderes. Allerdings werden die Kammern sich über alle diese Punkte noch durch Interpellationen unterrichten können und der Erfolg derselben wird zur Kenntniß des Landes kommen; indes ist es doch ein Anderes, was die Krone spricht, ein Anderes, was die Minister sprechen. Jene gibt sich frei und offen dem Lande hin, weil sie will, diese antworten nothdürftig und diplomatisch, weil sie müssen. So ist die Thronrede nach der vorherrschenden Ansicht mehr ein ministerieller Bericht, als ein königlicher Erkuß, wie er nach der inhaltschweren Vergangenheit zu erwarten gewesen wäre. Das Interesse an derselben war übrigens so groß, daß das Vocal der hiesigen Lafally'schen Druckerei, welche die Thronrede gleich nach dem Schluß der Sitzung angekündigt hatte, fast gestürzt wurde und durch Constabler geschützt werden mußte. — Nächst der Thronrede erregten gestern noch zwei andere politische-literarische Erscheinungen große Aufmerksamkeit. Die eine war die bereits angekündigte Zusammenstellung der königlichen Thronreden unter dem Titel: „Aus dem weißen Saale!“ deren Gesamteindruck allerdings frappant ist, die andere die erste Nummer der (Hansmann'schen) „Constitutionellen Zeitung“, welche gestern Abend ausgegeben wurde. Nach beiden war viel Begehrt. Für die „Constitutionelle Zeitung“ scheinen sich namentlich in der eigentlichen Bourgeoisie, der sie wahrscheinlich angehört wird, wie sie aus ihr hervorging, Chancen zu eröffnen; indes wird die erste Nummer noch zu dürftig an Originalmittheilungen gefunden.

Das Petersburger Cabinet soll, wie von unterrichteten Stellen verlautet, in neuester Zeit fortgesetzte Versuche einer freundlicheren Annäherung an Deutschland und speciell an Preußen machen. Daß das Ausfuhrverbot auf Vieh und Pferde bereits vor längerer Zeit zurückgenommen ward, ist bekannt. Man erfährt aber jetzt, daß in kurzer Zeit auch die russischen Truppen von der preussischen Grenze zurückgezogen werden würden, wo ihre plötzliche und unmotivirte Anhäufung in den vergangenen Monaten zu vielfachen Bedenken und Besorgnissen veranlaßten. Wir wissen nicht, ob dieses freundlichere Verhalten etwa mit den geheimen Unterhandlungen über die Integrität der Friedenstractate von 1815 zusammenhängt. Inzwischen erhält das Einrückten der Russen in Siebenbürgen doch auch hier die diplomatischen Kreise in großer Aufmerksamkeit und die rege Thätigkeit im Kriegsministerium beweist, daß man nicht ungerüstet sein will, welcher Seite es auch dabei gelte. Eine andere hiermit vielleicht tiefer, als es auf den ersten Blick erscheint, zusammenhängende und dabei wichtige Mittheilung ist, daß in diesen Tagen von Seiten unserer Regierung ein außerordentlicher Gesandter nach Olmütz abgegangen ist, um dem Kaiser die wohlwollendsten Gesinnungen Preußens zu versichern und zugleich das dortige Cabinet zu weiteren Vorschlägen in der deutschen Frage zu veranlassen, denen diesseitig das aufmerksamste Entgegenkommen, soweit es sich nur immer mit dem deutschen Interesse vereinigt, gezollt werden würde. Dieser Schritt, der hierorts von Frankfurt aus angebahnt sein soll, dürfte geeignet sein, manche Zukunftsorgen in der Zeit zu beseitigen. — Bekanntlich sollte hier ein demokratisches Banket aller demokratischen Wahlmänner und der von ihnen gewählten Abgeordneten stattfinden, zu welchem ursprünglich der 24. Febr. ausersehen war. Da dieser Tag — vermuthlich als der Jahrestag der französischen Revolution — polizeilichen Anstand fand, so wurde das Banket auf den 2. März verlegt. Jetzt ist es aber ganz und gar verboten und hat daher das Festeomite den Theilnehmern vorgeschlagen, in den einzelnen Wahlabtheilungen, deren hier vier gebildet sind, unter sich zusammenzutreten. Dies hat aber vielseitigen Widerspruch erfahren und wird daher jetzt vielleicht das ganze Vorhaben unterbleiben. — Die Abgeordneten zur zweiten Kammer haben sich nunmehr, nachdem sie sich anfangs in völliges Cliqueswesen aufzulösen drohten, in zwei große Hälften geschieden, eine linke und eine rechte Seite, die indes nach dem eigenen Geständniß einsichtiger Mitglieder eben so wenig Dauer verheissen und nur als erste Grundlage für eine freiere Nuancirung geschlossener Parteien zu erachten sein möchten. Diesem entsprechend soll denn auch Grabow beabsichtigen, mit den Herren von Binde und von Bodelschwing ein rechtes Centrum zu bilden, was aber in dieser Zusammenfassung wenig Haltbarkeit zu versprechen scheint. Eigentliche Beschlüsse sind bis hieran noch von keiner Partei gefaßt, obwohl beide sich fast allabendlich versammeln und namentlich die Linke gestern Abend in ihrem Versammlungslocal bei Jaraschowitz in der Markgrafenstraße sehr zahlreich vertreten war. Vermuthlich wird die rechte Seite fürs Erste um einige Stimmen überwiegen; das Weitere wird von den ministeriellen Vorklagen abhängen, theilweise auch von den Führern, die sich aufwerfen, an denen es jetzt noch ganz mangelt. Man bemerkt nur eine gewisse Eifersucht, mit welcher die neugetretenen Mitglieder auf die älteren blicken, um nicht von ihnen bevorzundet zu werden. Der erste entscheidende Kampf wird bei der Präsidentenwahl sein, in welcher sich die Kammer zwischen Unruh und Grabow entscheiden wird. — Die erste Kammer läßt bis jetzt noch fast nichts von sich hören. — Bei der gestrigen Nachwahl im Teltower Kreise sind der Oberst Griesheim und H. Riehl, beide conservativ, für die zweite Kammer gewählt.

**Stettin, 23. Febr.** Gestern Abend rückte ein Bataillon des 24. Regiments von Berlin hier ein. Trotz des strömenden Regens hatten sich große Menschenmassen am Bahnhofe aufgestellt; nachdem das „Heil dir im Siegerkranz“ und „Ich bin ein Preuße“ gespielt worden war, fielen die Versammelten mit dem Liede „Was ist des deutschen Vaterland“ ein; — in das „Hoch“, welches dem deutschen Vaterlande gebracht wurde, mischten sich viele Stimmen aus den Reihen der Soldaten. Unter fortgesetztem Gesänge der Nationalhymne wurden diese auf ihrem Zuge durch die Straßen begleitet. Es wird erzählt, daß sich später ein Volkshaufe vor der Kaserne versammelte und

das Preußenlied angestimmt habe, welches von den Soldaten aus der Kaserne mit dem Vaterlandsliede beantwortet worden sei, bis sich denn auf der Straße die Anhänger dieses Liedes zahlreich genug eingefunden hätten, um den Gesang der Schwarzweissen zu überdönen. (Mitt.-Z.)

**Hannover, 27. Febr.** In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer zeigt der Generalsyndicus an, daß die Konferenz über die Grundrechtsfrage sich zu einem Mehrheitsbeschlusse nicht vereinigt habe. Aus einer Specialnote der ersten Kammer berichtet der Präsident, daß dort die verstärkte Konferenz abgelehnt, ein Antrag (des Vicepräsidenten Hausmann) auf Niederlegung einer einseitigen Commission nach längerer Beratung zurückgezogen, und dann das Regierungsschreiben vom 10. d. nochmals auf die morgende Tagesordnung gesetzt sei. Die zweite Kammer beschließt darauf, den Beschluß der andern abzuwarten und morgen erst um 3 Uhr zusammenzukommen. Man hält es nicht für unwahrscheinlich, daß die erste Kammer morgen dem Beschluß der zweiten beitreten werde.

Die „Hannov. Ztg.“ veröffentlicht die mehrerwähnte preussische Erklärung vom 8. d., welche zuerst in der Adresscommission mitgetheilt wurde. Sie lautet so:

„Der Unterzeichnete glaubt bei gegenwärtiger ergebener Beantwortung der geehrten Note des Herrn Grafen zu Inn- und Knyphausen vom 4. d. M., die von der deutschen Nationalversammlung beschlossenen „Grundrechte des deutschen Volks“ betreffend, zunächst voraussetzen zu dürfen, daß die Ansichten der Regierung Sr. Maj. des Königs, seines allergnädigsten Herrn, über die Competenz der gedachten Nationalversammlung und der provisorischen Centralverwaltung für Deutschland während der Dauer des jetzigen Provisoriums allgemein gültige Gesetze zu erlassen und zu publiciren, der königl. hannoverschen Regierung aus den derselben darüber zugekommenen früheren diesseitigen Mittheilungen hinlänglich bekannt sind. Bei diesen Ansichten, wonach die diesseitige königliche Regierung sich das Recht vorbehalten hat, in jedem einzelnen Falle zu prüfen in wie weit derartigen Beschlüssen Gesetzkraft für die preussischen Staaten zu geben sei, bleibt dieselbe auch in Ansehung jener Grundrechte stehen, indem sie sich vorbehält, zu prüfen, ob und in wie weit dieselben durch selbstständige Einführungsgesetze in die Landesgesetzgebung hinüber zu führen seien, und hierzu diejenige Competenz für sich in Anspruch nimmt, welche natürlich jeder deutschen Landesregierung zukommt. Mit der königlich hannoverschen Regierung ist sie zugleich darüber einverstanden, daß die Grundrechte einen wesentlichen Bestandteil der künftigen Verfassung Deutschlands bilden. In sofern dies der Fall ist, hat die diesseitige königliche Regierung bereits in ihrer bekannten Circulardepeche vom 23. v. M. den Weg bezeichnet, auf welchem ihrer Ansicht nach Differenzen über den vorliegenden Gegenstand, wo solche bestehen, zum Austrage zu bringen sein werden. Die vorstehenden Bemerkungen enthalten alles, was der Unterzeichnete über die Ansichten seiner Regierung, ihrerseits die Aufnahme der Grundrechte in die zu vereinbarenden Verfassungsabschnitte bei der provisorischen Centralverwaltung in Antrag bringen zu lassen, dem Herrn Grafen zu Inn- und Knyphausen zur Erfüllung des in der gefälligen Note vom 4. Dec. ausgesprochenen Wunsches für jetzt mitzutheilen die Ehre haben kann. Berlin, 8. Febr. 1849. gez. Bülow. An den Herrn Grafen zu Inn- und Knyphausen zc.“

**Stuttgart, 26. Febr.** Kritik für den in Nr. 51 der „Oberpostamtszeitung“ mitgetheilten Beschluß der Kammer der Standesherrn des Königreichs Württemberg über die künftige Verfassung Deutschlands war im Allgemeinen die Erwägung, daß jeder Beitrag zur Feststellung der öffentlichen Meinung über die Grundlagen der künftigen Verfassung Deutschlands in diesem Augenblicke nicht ohne Bedeutung sei, und daß es daher auch für sie Pflicht werde, ihre Stimme mit denen anderer deutscher Kammern zu vereinigen. Insbesondere aber war bei der über die Nothwendigkeit der Erhaltung Oesterreichs im Bundesstaate niedergelegten Ansicht für dieselbe bestimmend, daß schon in politischer Hinsicht die Bildung eines einzigen Deutschlands in der festeren Form des Bundesstaats ganz verfehlt würde, wenn dessen mächtigster Staat nicht als Bestandtheil erschiene, daß namentlich für Süddeutschland, nach seiner geographischen Lage, nach seinen Handels- und gewerblichen Beziehungen, und nach den, zum Theil auf historischem Boden erwachsenen Sympathien der weit überwiegenden Mehrzahl seiner Bevölkerung, auch nur eine theilweise Kostrennung Oesterreichs von jenem engeren Verbands als ein Nationalunglück angesehen werden müßte. Hinsichtlich der Nothwendigkeit der Vereinbarung der Nationalversammlung mit den Fürsten Deutschlands endlich schienen der Kammer der Standesherrn sowohl Gründe des allgemeinen als positiven Rechts, welche den Vertrag als die allein zulässige Grundlage des Verhältnisses zwischen Regierung und Volk erkennen lassen, dafür zu sprechen, daß auch die neue Begründung der Verfassung Deutschlands nicht ohne Einwilligung der Regenten geschehe, und daß, wollte deren Mitwirkung ausgeschlossen werden, jenem Werke ein wesentliches Merkmal seiner Rechtsbeständigkeit fehlen würde. Ueberdies vermochte die Kammer nicht abzusehen, wie über das Erforderniß einer solchen Vereinbarung hinwegzukommen sein sollte, nachdem eine Anzahl der deutschen Regenten, und unter ihnen die mächtigsten derselben, auf diese Vereinbarung bestimmten Anspruch gemacht haben.

Eine von dem Finanzministerium einberufene Commission von Gewerbetreibenden und Mitgliedern der Abgeordnetenkammer hat sich für die Ausgabe von Papiergeld zu Deckung des Ausfalls in den Finanzen ausgesprochen. Die zur Theilnahme an dieser Berathung eingeladenen Mitglieder der Kammer der Standesherrn waren nicht erschienen. (E. M.)

**Mainheim, 26. Febr.** Der neue vaterländische Verein hat in der heutigen Versammlung folgende Erklärung einstimmig beschlossen:

„1) Wir halten unverbrüchlich fest daran, daß die in Frankfurt tagende deutsche Reichsversammlung allein berufen und berechtigt ist, die künftige Staatsverfassung Deutschlands festzustellen. 2) Wir wünschen und erwarten, daß die Reichsversammlung die Grundzüge der künftigen deutschen Staatsverfassung, wie sie bei der ersten Lesung von derselben angenommen worden sind, auch in der zweiten Lesung festhalte, indem wir der Ueberzeugung sind, daß nur ein starker Bundesstaat mit einheitlichem Oberhaupt sowohl die Freiheiten, die uns bereits in den Grundrechten gewährt sind, dauernd zu sichern, als auch das Ansehen und die Macht nach außen zu verleißen vermag, auf die Deutschland einen gerechten Anspruch hat und die es zu erlangen fest entschlossen ist. 3) Wir erklären uns daher auf das Entschiedenste gegen die österreichische Note vom 4. Februar, welche, angedeutet der Ereignisse des Jahres 1818, der Reichsversammlung nur das Recht zugesetzt, einen Entwurf der deutschen Reichsverfassung zu machen, während sie für die Regierungen das Recht der Vereinbarung im ausgedehntesten Maße in Anspruch nimmt, welche fer-



ner gegen die Herstellung eines kräftigen Bundesstaats, den das ganze deutsche Volk mit voller Uebereinstimmung als notwendig erkannt hat, protestirt, und uns dagegen in den alten Staaten und zurückzuführen möchte. 4) Den deutschen Brüdern in Oesterreich aber erklären wir hiermit, daß, wenn die jetzige Regierung oder ihre gegenwärtigen Verhältnisse ihnen den vollen Eintritt in den zu bildenden deutschen Bundesstaat nicht gestatten, wir wünschen und hoffen, es werde ihnen der Eintritt jederzeit offen gehalten werden."

**Gießen, 25. Febr.** Wie man in Mainz die Jahresfeier der französischen Revolution begangen hat, so war auch hier gestern zu einem Banket eingeladen, welches die Bestimmung hatte, den Tag des heiligen Mathias zu verherrlichen. Es bedarf nicht der Versicherung, daß sich nur eine geringe Anzahl der Bewohner Gießens dabei betheiligte; man nannte die Anhänger der demokratischen Republik. Wenn Sie uns fragten, wer und was das sei, so müßten wir bekennen, daß wir es nicht wissen. Das Wort „demokratische Republik“ hat das Eigentümliche, daß man notwendig Griechisch und zugleich Lateinisch kennen muß, um es zu verstehen, und gleichwohl, wenn man auch Griechisch und Lateinisch kennt, es nicht notwendig versteht. Es ist nämlich offenbar nur ein Blanket, auf dem sehr verschiedenartige Leute ihre Anschauungen auftragen, ein Rahmen, in dem man allerlei Bilder einpassen kann. Gewiß gehören zu ihren Anhängern sonst edelgedenkende junge Leute, die, mit der Geschichte, diesem großen Sündenregister der Menschheit, unbekannt, noch nach dem Mathiasstag von 1849 in Mitteleuropa nicht bloß die Einführung, deren Möglichkeit wir selbst nicht in Abrede stellen, sondern die Dauer einer Staatsform für möglich halten, wo ein ehrlicher Bürgermeister das Ganze wie eine Gemeinde harmlos und spottwohlfeil regiert und Jeder dem Andern nur Liebes und Gutes anthut. Auch philosophische Köpfe scheinen uns im Spiele, die darin das Minimum des Staates sehen, nach welchem gleich das Reich der Liebe und der ewigen irdischen Seligkeit beginnt. Allein nicht Alle sind dieses edlern Schlages. Trägt der Anschein nicht, so sind auch Leute darunter, die alles Hohe niedrig und alles Erbhabene gemein haben möchten, um die Last des Respectives los zu werden. Endlich, so bedünkt es uns nach dem Ansehen der Personen, gehört eine große Anzahl hierher, die sich zwar über die Sache klar ist, aber aus Unkenntnis der Sprache die demokratische Republik mit etwas anderem verwechselt, das den schönen Namen Seisachtheia führt und in der glücklichen Einrichtung besteht, daß man seine Schulden los wird, ohne sie zu bezahlen. Wie dem nun sein möge, so beweisen täglich neue Symptome, daß noch viele unbefriedigten Bedürfnisse, selbst Störungen und Geschwüre in dem Organismus der Gesellschaft vorhanden sind. Möchte daher die Reichsversammlung eifrig bemüht sein, uns bald die ersuchte Einheit und mit ihr die Ordnung zu geben, außerdem aber auch die socialen Fragen zu lösen, wir meinen einfach, dafür zu sorgen, daß Jeder von uns Supp', Gemüs' und Fleisch in's Haus bekommt und etwas von dem Stein der Weisen, den man jetzt in Californien so reichlich findet.

**Bremen, 25. Febr.** Auf das Entlassungsgesuch des Herrn Senator Frige hat die Bürgerschaft nachstehende Erklärung an den Senat gerichtet:

Die Bürgerschaft hat mit a. fruchtigem Schmerze die Anzeige des Senats entgegengenommen, daß Herr Senator Frige aus einem Amte auszutreten sich entschlossen zu müssen geglaubt, was er fast zwanzig Jahre lang zum nachwirkenden Segen für unser Gemeinwesen durch jede Tugend geübt hat, die den Bürger und den Rathmann schmückt. Die Republik hat für solche Dienste nur das einfache Wort des Dankes, aber eines Dankes, der, in den Herzen aller Bürger seinen Widerhall findend, von jedem Manne als ein Lohn empfunden werden wird, der über sein Leben hinausreicht.

Solch' eine Erklärung ziert ebensowohl den Mann, den sie ehrt, als den Staat, der in dieser schlichten, echtrepublikanischen Weise treuen Bürgerdienst belohnt.

### Schweden.

**Luzern, 27. Febr.** (Bas. Z.) Die Regierung soll die Anträge der Spielpächter beraten und gefunden haben: daß — da die Hazardspiele im Kanton Luzern gesehlich verboten seien — sie ihrerseits in das gestellte Gesuch nicht eintreten könne, dasselbe aber dem Großen Rathe, welcher sich nächstens versammelt, zur Entscheidung vorlegen werde.

### Italien.

Aus Florenz vom 22. Febr. wird geschrieben, daß General Apice mit einem starken Truppencorps und Guerazzi als Civilcommissär gegen General Laugier, welcher die Republik nicht anerkennen wollte und deswegen als Verräther und außerhalb des Gesetzes erklärt worden war, ausgerückt war. In Genua kam am 24. durch Staffette die Nachricht an, daß General de Laugier, von seinen Truppen verlassen, mit bloß 30 Mann als Flüchtling auf sardinischem Gebiet angekommen ist. — Der Großherzog und seine Familie hatten sich am 20. an Bord des englischen Dampfers Bulldog nach Gaeta eingeschifft.

In der Nacht vom 21. versetzten Signalfener, die man auf den Höhen um Florenz gewährte, die Stadt in Schrecken. Man besorgte den Ausbruch der Reaction. Militär, Bürgerwehr, das Polencorps, das lombardische Corps, alles griff zu den Waffen, glücklicher Weise zeigte sich kein Feind. — Den Zustand von Toscana beschreibt ein Correspondent des Corriere Mercantile von Genua wie folgt: „Hier ist alles in Auflösung begriffen; unsägliche Verwirrung und Elend; in der großen Masse des Volks gänzliche, unbezwingliche Gleichgültigkeit; die Soldaten laufen auseinander oder gehen zu de Laugier über; Geld ist gar keins vorhanden. Wenige Nothe wollen die Nation sein.“

### Frankreich.

\*\* Paris, 27. Febr. Die heutigen Blätter beschäftigen sich sämtlich mit dem Einrücken der Russen in Siebenbürgen und der Oesterreicher in Ferrara. Die offenbare Allianz zwischen Rußland und Oesterreich gibt zu allerhand Befürchtungen Anlaß. Die Luft fängt an, kriegerisch zu wehen.

Der päpstliche Nuntius hat dem Minister des Aeußern die von dem heiligen Vater an alle katholische Mächte gerichtete Adresse officiell zugestellt. Später überreichte er

dem Präsidenten der Republik ein eigenhändiges Schreiben des Papstes an Louis Napoleon.

Der „Moniteur“ widerlegt die von einigen Blättern gebrachte Nachricht, daß in Bordeaux Unruhen ausgebrochen seien.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung gab bei Gelegenheit der Berathung des Wahlgesezes Art. 87 desselben, nach welchem jeder Deputirte eine Geldentschädigung von jährlich 9000 Fr. erhält, außer dieser Entschädigung aber keinen Staatsgehalt beziehen darf, zu heftigen Debatten Anlaß. Hierzu waren mehrere Amendements eingebracht worden, von Baudot, der eine Entschädigung von nur 500 Fr. monatlich, von Morin, der dieselbe auf 6000 Fr. jährlich festgesetzt haben wollte; außerdem lagen auch noch andere Amendements vor, theils 6000, theils 7000 Franken verlangend. Allein so radical die Linke auch sonst sein mag, hier machte sie einmal eine Ausnahme und verwarf alle Verkürzungen, so daß der Commissionsantrag von 9000 Fr. durchging. Auch die Reifekosten wurden auf den besondern Antrag Schöcher's, eines Mitglieds der Bergpartei, mit 376 gegen 314 Stimmen verwilligt. Das Privilegium, nach welchem die Taggelder der Abgeordneten nicht mit Beschlag belegt werden konnten, wurde aufgegeben: die einzige Concession, zu welcher sich die Versammlung heute veranlaßt fühlte.

\*\*\* Paris, 27. Febr. Das bonapartistische Wahlcomite hat sein Manifest an die Wähler veröffentlicht. Der Inhalt oder vielmehr die Tendenz desselben — denn einen bestimmten Inhalt hat es nicht, obgleich aus dem Ganzen eine sehr entschiedene Tendenz hervorleuchtet — diese Tendenz besteht also darin, keine Allianz mit den Legitimisten und Orleansisten der Reunion Poitiers einzugehen, den Präsidenten von seinem jetzigen Ministerium zu trennen, den Namen Napoleon mit der Republik zu identificiren und die letztere in dem Sinne der Partei von Cavaignac-Marrast aufzufassen, so daß wo möglich eine Verschmelzung gerade derjenigen Partei, die in der Präsidentschaftswahl gegen Louis Napoleon wirkte, mit der eigentlich bonapartistischen Partei bewerkstelligt werde. Auf der andern Seite sehen wir die Reunion Poitiers unter der Leitung der Herren Thiers und Mole sich vergebens abmühen, ein Wahlcomite zu bilden, welches die beiden Fractionen der Legitimisten und Orleansisten vereinigt. Eine Conferenz, welche zu diesem Zwecke bei Mole stattfand, hatte es zu keinem Beschlusse bringen können, da man sich nicht über die Mitglieder, welche das Wahlcomite bilden sollten, einigen konnte. Thiers besteht darauf, daß die Orleansisten im Wahlcomite stärker vertreten sein müßten, als die Legitimisten. Mole, der eine Vereinigung zu bewirken strebte, wurde überstimmt. Die Legitimisten wollen aber von einem Prävaliren der Orleansisten nichts wissen, und Karoghjacquelin schlug vor, daß die Hälfte der Mitglieder des Wahlcomites Legitimisten, die andere Hälfte Orleansisten sein sollen. Wenn man dabei bedenkt, daß selbst innerhalb der bonapartistischen Partei ein offener Bruch zwischen Louis Napoleon und den Gegnern seiner jetzigen Administration stattfindet, daß auch die von Seiten der Bonapartisten gewünschte Vereinigung mit der Marrast-Cavaignac'schen Partei sehr zweifelhaft, so ist es mehr als wahrscheinlich, daß die nächsten Wahlen weit davon entfernt sein werden, eine so scharf gezeichnete Physiognomie zu haben, als die für die Präsidentschaft, daß im Gegentheil die verschiedenen Fractionen der Legitimisten, Orleansisten, Bonapartisten und Republikaner aller Ansehn ihre Einflüsse geltend machen, und wir folglich eine aus sehr heterogenen Elementen zusammengesetzte Legislative haben werden, von welcher nicht zu sagen ist, ob sie überwiegend republikanisch oder reactionär sein wird. (Zu diesen Mittheilungen unseres Correspondenten bemerken wir, daß, dem „Moniteur“ zufolge, der Präsident der Republik erklärt hat, nur mit dem Wahlcomite der Rue Poitiers, also den Herren Thiers, Mole und Berryer, in vollem Einklange zu stehen. A. d. N.) Man glaubt wieder mehr als je an eine Lösung der europäischen Probleme durch das Schwert. Die Börse, welche seit einiger Zeit im Aufschwunge war, fängt wieder an, sich über die Nachrichten, welche hier täglich vom Auslande her neue Verwickelungen bringen, zu erschrecken. Die zunehmende Agitation der Parteien im Innern ist ebenfalls nicht geeignet, der Börse Vertrauen einzusößen. Es ist wahrscheinlich, daß sich in den nächsten Tagen eine empfindliche Reaction gegen die bisherige Tendenz der Börse kund geben wird.

### Nachricht.

Berlin, 26. Febr. Vorgestern traf hier selbst im russischen Gesandtschaftshotel ein Cabinetscourier ein, der dem Hrn. von Meyendorff eine Circularnote der russischen Regierung an sämtliche europäischen Großmächte zur Uebergabe an das hiesige Cabinet überbrachte. Diese Note erklärt in einer diplomatisch abgerundeten und gewandten Sprache, daß Rußland mit der größten Integrität an den Verträgen von 1815 festzuhalten gesonnen sei, insofern dieselben nicht bisher auf einem sonst gesetzmäßigen und von den andern Mächten anerkannten Wege abgeändert seien, und daß die Regierung des Czaren daher jede fernere Verletzung derselben, welche ohne ihre Zuziehung und Mitwirkung erfolgen sollte, als einen Casus belli betrachten werde. Bei den sich auf allen Enden Europa's immer mehr häufenden Verwickelungen erhält diese Erklärung, gerade in diesem Augenblicke erlassen, ein hohes Gewicht. Eben derselbe Courier überbrachte, dem Vernehmen nach, auch für Hrn. v. Meyendorff die Anweisung, der heute stattfindenden Eröffnung unserer Kammern nicht beizuwohnen. (N. Z.)

X Koblenz, 1. März. Die erst kürzlich von Kreuznach hierher zurückgezogenen 2 Compagnien Musketiere des 28. Regiments sind heute schleunigst mit 2 Geschützen von hier nach Kreuznach aufgebracht, wohin ihnen Mittags eine Compagnie Jäger von der 8. Abtheilung aus Neuwied nachfolgte. Man glaubt, daß der Ausbruch von Unruhen, welche man im Oberlande, namentlich im Herzogthume Nassau, dieser Tage befürchtet, der Grund dieser Truppenmärsche sei. — Der Herzog von Nassau wird heute in

Neuwied bei seinem fürstlichen Schwager zum Besuch auf längere Zeit erwartet. — Hier gehen die Rüstungen der Festung ihren Gang fort. Um die einzelnen Werke sind bereits über 30,000 Pallisaden aufgestellt und ein hiesiges großes Local, welches seither als Zeughaus benützt wurde, wird zum Getreidemagazin eingerichtet. — Das wenige Stunden von hier gelegene sehr wohlhabende und große Dorf Krufft ist gestern von einem schrecklichen Unglücke heimgesucht worden. Es brach daselbst Nachmittags gegen 3 Uhr Feuer aus, welches so furchtbar um sich griff, daß trotz der ange strengtesten Hilfe 100 Gebäulichkeiten, worunter an 60 Wohnhäuser, eingäschert wurden. Auch vieles Vieh fand seinen Tod in den Flammen, und ein Mann wurde so beschädigt, daß man an seinem Aufkommen zweifelt. Die Entstehung des Brandes ist unbekannt. — Die bei Eröffnung der Kammer von unserm Könige gehaltenen Thronrede hat hier im Allgemeinen keinen sonderlichen Eindruck gemacht, und man bemerkte ungern, daß Se. Majestät in Uniform und zwar sogar des Gard du Corps vor den Deputirten erschienen ist.

Kopenhagen, 21. Febr. In der heutigen Sitzung des Reichstags theilt das Ministerium der Versammlung mit, daß Se. Maj. der König der preussischen Regierung zu erkennen gegeben, er wolle sich nicht länger als bis zum 26. März durch die Ueberkunft (von Malmö) gebunden betrachten. Der Reichstag nahm diese Nachricht mit Beifall auf. So meldet die „Berling'sche Zeitung“. „Fädrelandet“ berichtet in seiner kurzen Nachricht über die heutige Reichstagsitzung etwas ausführlicher: Der Ministerpräsident habe eine Mittheilung verlesen, nach welcher der Waffenstillstand, zufolge Beschluß des Königs vom 21. Februar, am Montage (also am 26. Februar) in Berlin gekündigt und eine Abschrift der Aufkündigung in Frankfurt abgegeben sei. Hierzu bemerkt die „Börse-Halle“: Es kommt diese Aufkündigung bekanntlich keinem die Verhältnisse näher Kennenden unerwartet, am wenigsten in den Herzogthümern; sie hat in der Wirklichkeit keineswegs einen so ernsten Charakter, als es den Anschein hat, und ist viel weniger ein Anzeichen des mit dem 26. März neu beginnenden Krieges, als eine ebenso erwartete, als in der Natur der Sache liegende Demonstration der Dänen behufs einiger zu erlangenden, dem Ministerium zu seinem Bestehen unentbehrlichen Modificationen der Waffenstillstandsbedingungen. Die Friedensunterhandlungen scheinen überhaupt so weit gediehen (nur die Amnestiefrage soll noch Schwierigkeiten finden), daß der Friede dem Waffenstillstand viel eher, als bisher erwartet wurde, eine Ende machen dürfte. (Man vergleiche auch die preussische Thronrede.) Man meint sogar, die Kündigung des Waffenstillstandes gehöre wesentlich mit zu den Friedensunterhandlungen, weil man dieselbe benutzen wolle, so viel deutsche Truppen in die Herzogthümer rücken zu lassen, als die beiderseitigen Unterhändler nothwendig halten, um die Aufregung der Bevölkerung in Schranken zu halten, zu welcher das Bekanntwerden der Friedensbedingungen Veranlassung geben könnte.

### Börsenberichte.

Frankfurt, 1. März. Der Haupthandel an heutiger Börse fand wieder in 3pEt. inländ. Span. statt; durch starke geschäftene Ankäufe, die wie es schien für auswärtige Rechnung zu 2 1/2 pEt. verhandelt und bleiben am Schluß der Börse 23 à 23 1/2 pEt. In allen übrigen Papieren zeigte sich eine mattere Haltung und Neigung zum Flautein. Auch wirkte das an der Börse sich verbreitende Gerücht, es sei die Kündigung des Waffenstillstands von Seiten der dänischen Regierung bei der deutschen Centralgewalt geschehen, ungünstig auf den Stand der Course. 5pEt. Metall. stellten sich 74 1/2 pEt. 2 1/2 pEt. do. 39 3/4 pEt., Wiener Bankactien 1183 fl., 500 fl. Loose 124 1/2, 125, 250 fl. Loose 79 1/2 pEt. Von den übrigen Anlehenloosen: Kurhess 40 Rthlr. Loose 27 1/2 fl., Bawische 35 fl. Loose nach der Serienziehung 27 1/2 fl., Darmstädter 25 fl. Loose 22 1/2 fl., Darmstädter 50 fl. Loose 69 3/4 fl., Raff. 25 fl. Loose 20 1/2 fl., Gard. Loose 29 1/2 fr., Poln. 500 fl. Loose 74 1/2 Rthlr. Alle süddeutsche sowie belgische Obligationen waren ebenfalls minder fest im Course, Holländische 2 1/2 pEt. Integralen folgten der rückgängigen Bewegung, die dieselben zu Amsterdam genommen und schlossen 49 1/2 pEt. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 37 1/2 Rthlr., Verbach 74 pEt., Köln-Minden 78 1/2 pEt., Lannus 285 fl. Von Wechseln Amsterdam 100 3/4 gemacht Augsburg 119 3/4, Berlin 105 3/4, Leipzig 105 1/2, London 120 7/8, Mailand 98 3/8, Wiener 106 3/4. Längere Sichten in allen Devisen beliebt.

Paris, 27. Febr. Stand der Rente: 5pEt. 81. 70. — 3pEt. 50. 20. — Neue 82. 25. — Reapol. 78. 50. — Inuere Schuld 23. — Bankactien 2100. — Et. Germain-Eisenbahn 425. — Versailles, rechtes Ufer 185. — Linkes Ufer 152. 50. — Paris-Orleans 810. — Paris-Rouen 520. — Orleans-Bordeaux 416. 25. — Orleans-Bierson 345. — Rouen-Saure 345. — Marseille-Avignon 205. — Strasbourg-Basel 103 7/8. — Nordbahn 452. 50. — Paris-Strasbourg 356. 25. — Römische Anlehen 68. 67 1/2. 66. 67 1/2.

Die Nachricht von dem Einrücken der Russen in Siebenbürgen und der Oesterreicher in Ferrara hat die Course heute abermals zum Weichen gebracht. Der Umsatz war sehr bedeutend.

Madrid, 21. Febr. 3pEt. 23, n. d. B. 23 P. — 5pEt. 11 1/2 pEt.

Amsterdam, 27. Febr., 4 Uhr. 2 1/2 pEt. Integr. 49 3/16, 1/8, 5/16. — 3pEt. Schuld 58 1/4, 3/4. — 4pEt. 78 1/8, 78. — 5pEt. Rd. 11 13/16. — do. à 510 Pf. Et. 11 11/16. — 3pEt. inländ. à 6000 fl. 22 11/16. — Conpons 8 3/4, 9 1/16. — 3pEt. Portug. 25 3/4. — 4pEt. do. 26 11/16. — Russ. 4pEt. bei Dope 82 1/4. — 5pEt. Metall. 71 1/4, 1/2. — 2 1/2 pEt. ditto 37 7/8, 38.

Bei sehr lebhaftem Umsatz in Integr. war heute der Markt in unserm inländ. Fonds etwas fester. Von fremden Effecten waren Span. und Port. unverändert. Oesterr. und Russ. etwas angenehmer, nach Franz. bleibt die Frage ebenso wie zu Paris anhängend.

London, 26. Febr. 3pEt. Stocks 92 7/8, 93. — 5pEt. Span. 17 1/8, 3/8. — Neue 3pEt. 29 1/2. — 4pEt. Portug. 25 3/4. — 2 1/2 pEt. Holländ. 50 1/4.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. S. Malten.



# Große Harmonie = Musik,

ausgeführt von den Musikern des königl. Preussischen 35. Infanterie-Regiments deutscher Reichstruppen,

jeden Sonntag, Mittwoch und Samstag, wozu ich hiermit höflich einlade. Anfang 3 Uhr.

Fr. Frig,

Bockenheimer Chaussee.

[553]

## Taunus-Eisenbahn.

Mit Beziehung auf die Statuten werden die nach §. 34 derselben \*) stimmberechtigten Aktionäre der Taunus-Eisenbahn-Gesellschaft zu der, Donnerstag den 29. März d. J., Vormittags 10 Uhr zu Mainz im Casino (Hof zum Gutenberg), abzuhaltenden Generalversammlung hierdurch eingeladen.

Dieserjenigen Aktionäre, welche in dieser Versammlung erscheinen wollen, haben sich vom 14. bis einschließlich 17. März d. J., Vormittags von 9-12 Uhr und Nachmittags von 3-6 Uhr

zu Frankfurt auf dem Taunus-Eisenbahn-Büreau im Stationshause, zu Mainz bei Herrn Friedrich Korn, zu Wiesbaden auf dem Taunus-Eisenbahn-Büreau im Stationshause,

unter Vorzeigung der in ihrem Besitze befindlichen Aktien mit einem nach Nummer und Littera genau geordneten, doppelt ausgefertigten und unterschriebenen Nummern-Verzeichnisse zu versehen, wozu die gedruckten Formularien auf den beiden besagten Taunus-Eisenbahn-Büreaux und bei Herrn Friedrich Korn unentgeltlich ausgegeben werden, zu melden, worauf sie Interimscheine zur demnächstigen Erhebung der nur für die Person gültigen Einlasskarten, welche an den Orten der Anmeldung den 24. und 26. März, Vormittags von 9-12 Uhr und Nachmittags von 3-6 Uhr ausgegeben werden, empfangen.

Frankfurt a. M., den 28. Februar 1849.

Der Verwaltungsrath der Taunus-Eisenbahn-Gesellschaft.

\*) Der §. 34 der Statuten lautet:

„Jeder Bestzer von zehn Aktien kann in der Generalversammlung erscheinen und an ihren Beratungen und Beschlüssen Theil nehmen.“

Wer 10 Aktien besitzt, ist zu einer,	„ 20 „ „ „ „ zwei,
„ 30 „ „ „ „ drei,	„ 40 „ „ „ „ vier,
„ 50 „ „ „ „ fünf,	„ 60 „ „ „ „ sechs,
„ 70 „ „ „ „ sieben,	„ 80 „ „ „ „ acht,
„ 90 „ „ „ „ neun,	„ 100 „ „ „ „ zehn

Stimmen berechtigt. Wer mehr als 100 Aktien besitzt, kann gleichwohl nur 10 Stimmen in sich vereinigen.

Hauptziehungen 5. und 6. Klasse

## 115. Frankfurter Lotterie

am 7. März und 31. März a. c.

Haupttreffer: fl. 211,000, 2 mal 100,000, 50,000 u. s. f. Ganze Loose zu 90 fl., 1/2 zu 45 fl., 1/3 zu 30 fl., 1/4 zu 22 fl. 30 fr. 1/5 zu 11 fl. 15 fr. empfiehlt

Carl Höchberg, Hauptcollector

Brückhofstraße in Frankfurt a. M.

[407]

## Nachricht für Auswanderer nach Nord-Amerika.

### General-Agentur

der

### Fahrgelegenheiten

zwischen

## Havre und New-York & New-Orleans.

Ich benachrichtige hierdurch alle solche Auswanderer, welche meine Fahrgelegenheiten zwischen Havre und New-York & New-Orleans benutzen wollen, daß sie ihre Einschreibungen bei meinen, am Fuße dieser Bekanntmachung verzeichneten Herren Agenten vornehmen können, bei welchen auch das Nähere über die Bedingungen, zu welchen ich Auswanderer annehme, zu erfahren ist.

Die Fahrten zwischen Havre und New-York geschehen regelmäßig das ganze Jahr hindurch, und zwar alle 10 Tage; ebenso die Fahrten nach New-Orleans in den Monaten März, April, Mai und während der Herbstmonate.

Sämmtliche Schiffe sind dem Publikum, sowohl der Sicherheit ihrer Abfahrten, als auch ihrer innern bequemen Einrichtung wegen ganz besonders zu empfehlen.

Von Mannheim und allen unterhalb liegenden Rheinhäfen aus werden die bei mir eingeschriebenen Passagiere von einem meiner Conducteure bis Havre begleitet, der ihnen überall, wo es nöthig sein sollte, mit Rath und That an die Hand gehen wird.

Die Reise geht entweder mit dem Dampfboot bis Köln und von da mit der Eisenbahn über Paris nach Havre, oder per Dampfboot über Rotterdam nach diesem Seehafen.

Die Uebersfahrtszeit von Mannheim oder Mainz bis New-York kann durchschnittlich auf 30-35 Tage, und jene für New-Orleans auf 40-45 Tage angenommen werden.

Gegen Bezahlung einer kleinen Assuranz-Prämie wird das Reisegepäck von den rheinischen Häfen aus bis Havre und auf Verlangen auch bis nach den Vereinigten Staaten versichert.

Mainz, im Januar 1849.

Der General-Agent  
**Washington Finlay.**

Nähere Auskunft ertheilen meine Agenten die Herren  
E. Louis Benschlag in Frankfurt a. M.  
F. A. Beaufrère „ Darmstadt. „  
Carl Feist Mayer „ Gernsheim.  
Franz Jos. Koehl „ Worms.

Heinr. Wolff in Alzei  
Florian Pult „ Jüba.  
L. H. Clever „ Gelnhausen.  
Fr. Vogt „ Bingen.

[221]

## Niederländische Dampfschiffe.

Abfahrt von Frankfurt mit dem ersten Eisenbahnzug vorläufig

jeden Montag, Dienstag, Donnerstag, Samstag nach Koblenz, Köln, Düsseldorf und Rotterdam, jeden Samstag vermittelt des „Battaviers“ nach London.

Personen-Billette zu sehr ermäßigten Preisen, Güter und Geldsendungen werden aufs prompteste befördert.

Der Agent **C. L. Benschlag,** im Wolfs-Eck am Paradeplatz in Frankfurt.

[560]

# Taunus-Eisenbahn.

[550]

Vom 2. März bis 14. April 1849 finden die Fahrten auf der Taunus-Eisenbahn folgendermaßen statt:

## Abfahrtsstunden.

Von Frankfurt			von Castel (Mainz)			von Wiesbaden			von Biebrich		
nach Castel	nach Biebrich	nach Wiesbad.	nach Frankfurt	nach Biebrich	nach Wiesbad.	nach Biebrich	nach Castel	nach Frankfurt	nach Castel	nach Frankfurt	nach Wiesbad.
Vorm. 7	Vorm. 7	Vorm. 7	Vorm. 8	Vorm. 8 1/2	Vorm. 8 1/2	Vorm. 7 1/2	Vorm. 7 1/2	Vorm. 7 1/2	Vorm. 7 1/2	Vorm. 7 1/2	Vorm. 8 1/2
10 3/4 Nachm.	10 3/4 Nachm.	10 3/4 Nachm.	10 3/4 Nachm.	12 Nachm.	12 Nachm.	10 1/4 Nachm.	10 1/4 Nachm.	10 1/4 Nachm.	10 1/4 Nachm.	10 1/4 Nachm.	12 Nachm.
2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	4	4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	4
7 1/4	7 1/4	7 1/4	7 1/4	8 1/2	8 1/2	6 3/4	6 3/4	6 3/4	6 3/4	6 3/4	8 1/2

Außer vorstehenden Fahrten finden noch folgende Extrafahrten statt:  
Täglich von Castel (Mainz) nach Biebrich und Wiesbaden } um 2 1/2 Uhr Nachmittags.  
„ Biebrich nach Wiesbaden }

Frankfurt a. M., 28. Februar 1849.

In Auftrag des Verwaltungsraths,  
Der Director: **Beil.**

[546]

## Bekanntmachung.

Warschau, den 7/19. Februar 1849.

### Bank von Polen.

Da es häufig vorkommt, daß den der Bank von Polen zur Auszahlung überlieferten Coupons von Schatzobligationen durch der u unvorsichtiges Abschneiden von den Couponsbogen der ganze, oder ein Theil der farbigen Guilloche, worauf sich die Nummer der Obligation und die, vom Coupon auf den guillochirten Theil übergehende, Unterschrift eines Mitgliedes der Bank befindet, fehlt; und ebenso bei den Coupons von andern zinstragenden Effecten manchmal die Nummern, oder die Unterschrift eines der Mitglieder der Bank mangelt, alle erwähnten Kennzeichen aber auf den Coupons zur Erhaltung der Ordnung und genauer Controle unbedingt notwendig sind, findet sich die Bank von Polen veranlaßt, Jeden, den es angeht, hiermit darauf aufmerksam zu machen, daß die Coupons mit gehöriger Vorsicht von den Couponsbogen und zwar so abgelöst werden müssen, daß jeder einzelne Coupon ganz, und besonders, was den guillochirten Theil, die Nummer und die Unterschrift betrifft, unverletzt bleibe.

Der Präsident, Geheime Rath  
(unterz.) **Zymosky.**

Der Kanzlei-Chef  
(unterz.) **Lubowski.**

[548]

## Die Waage.

### Deutsche Reichstagsschau

von

J. Benedey.

Sechstes Heft; enthaltend: die preussische Note und die preussischen Waplen. — Die österreichische Note. — Das letzte Wort in der Polenfrage. — Album aus der Paulskirche.

Preis: 21 Kreuzer.

Frankfurt a. M.

J. D. Sauerländer's Verlag.

## Frankfurter Actien-Gesellschaft für Rhein- und Main-Schiffahrt.

Wir beehren uns, hierdurch anzuzeigen, daß unser Schiffahrtsdienst seit dem Anfange dieses Monats eröffnet, nunmehr regelmäßig fortgesetzt werden wird und daß unsere Schiffe mit den nächsten holländischen Frühjahrs-Auctionen vom 12. und resp. 15. März anfangend, jede Woche eine Reise von Holland herauf anreten werden, ohne die Completirung etwa nicht vollständiger Ladungen abzuwarten.

Indem wir durch diese Anordnung allein beabsichtigen, das Interesse des verehrlichen Handelsstandes zu fördern, bitten wir um mögliche bedeutende Aufträge.

Frankfurt a. M. den 23. Februar 1849.

Der Verwaltungsrath.

[512]

## Bekanntmachung.

Bei den unten benannten Poststellen liegen folgende unanbringliche Sendungen und zurück-erhaltene Passagiereffecten vor:

1) Bei der Postexpedition Alzei:

1 Werthpaket an Lehr in Mannheim. — 4 Schlüssel.

2) Bei dem Postamt Bingen:

1 Paket an Claudius in Simmern.

3) Bei dem Oberpostamt Darmstadt:

1 Paket an Florheim in Höchst i. D.

4) Bei dem Postamt Gießen:

1 Werthpaket an Fräulein Veandau in Cassel. — 1 Kindermantel,

2 Sonnenschirmchen, 1 Hut, 3 Pfeifen, 1 Schirmfutteral, 2

Süde, 1 Paar Handschuhe, 1 Paket Noten, 1 Cigarrenbüchse.

5) Bei dem Postamt Mainz:

1 Kiste an Mischel in Essen. 1 Paket an Gießbächer in

Nauort. — 1 Dose, 1 Cigarrenetuis, 2 Paar Handschuhe.

6) Bei der Postexpedition Birstadt:

1 Stock, 1 Halbstückchen.

Da die Eigenthümer dieser Sendungen bis jetzt nicht ermittelt werden konnten, so fordert man dieselben auf, die bemerkten Gezecknisse bei den betreffenden Poststellen binnen 6 Monaten gegen gebührige Legitimation und Erstattung des Porto's und der Inseratgebühren um so mehr in Empfang zu nehmen, als nach Ablauf dieser Zeit anderweit über dieselben verfügt werden wird.

Darmstadt, den 21. Februar 1849.

Großh. Hessisches Ober-Post-Amt.  
**Reining.**



## Rheinische Dampfschiffahrt.

### Kölnische Gesellschaft.

Tägliche Fahrten vom 1. März 1849:

[559]

Von Mainz Morgens 6 Uhr nach Köln (Düsseldorf, Eibfeld-Hamm).

„ Mainz „ „ „ Köln (Aachen).

„ Mainz „ „ „ Köln (Aachen). Durch die Post- und Schnellschiffe „Beethoven“ und „Rubens“, im Anschluss an den Eisenbahnzug Morgens 7 Uhr von Frankfurt.

„ Mainz Morgens 10 1/2 Uhr nach Köln (Minden-Berlin etc.)

„ Mainz Nachmitt. 2 1/2 „ Mannheim.

„ Von Biebrich rheinabwärts 1 1/2 Stunde später wie in Mainz.

Von Mannheim Morgens 6 Uhr nach Köln.

„ Coblenz rheinwärts Morgens 6, 8 und 12 Uhr, rheinabwärts Morgens 10 1/2 und Nachmittags 12 1/2 und 2 1/2 Uhr.

„ Köln Morgens 5 1/2 Uhr nach Mainz, Morgens 9 1/2 und Abends 10 nach Coblenz-Mann-

heim, Morgens 5 1/2 nach Arnheim.

„ Arnheim Morgens 6 Uhr nach Köln, Coblenz, Mainz, Mannheim.

Nähere Auskunft und Billete in Frankfurt a. M. bei dem Agenten

Herrn **F. Böhm**, Rossmarkt, auf dem Filial-Bureau bei Herrn

**G. B. Peil** auf der Zeil, im Taunus-Bahnhofe, und für die

Postreisenden im Postbureau.

[563] Ein Wauplatz in guter Lage in einem angenehmen Stadttheile, worauf seit vielen Jahren ein Steinbohlengeschäft mit Vortheil betrieben worden ist, ist unter annehmbaren Bedingungen zu verkaufen.

[564] Am 28. Februar entschlief sanft zu einem bessern Leben die Wittve des Großh. Hess. Medicinal-College-Directors Dr. v. Siebold, Dr. Josephine Regine, im 78. Lebensjahre.  
Darmstadt, den 2. März 1849.  
Die Hinterbliebenen.

[562] Große Bockenheimer-Strasse Nr. 30 ist der erste Stock samt Gartenvergnügen, so wie Stallung und Remisen zu vermieten und gleich zu beziehen.

[547] Neuere Tolle du Nord-Kleider zu 3 fl. 15 fr. bei **L. B. Schuster**, Bleidenstraße Nr. 5.

[526] Salami di Verona bei **Milani-Minoprio**, Heiner Hirschgraben 3.

[16] Ein- und Verkauf von Staatspapieren und Anleihenlotterielosen bei **Julius Stiebel junior.**

[486] Die Wittve des dahier verstorbenen hiesigen Bürgers und Schneidermeisters Friedrich Dehert, Margaretha, geb. Hoffarth, hat unter Verzichtleistung auf Rückzahlung und Beifugung bezüglich des nachgelassenen Vermögens ihres verstorbenen Ehemannes die exceptio dotis et illatorum vorgeführt. Aus dem darauffin über den Nachlass des genannten Friedrich Dehert errichteten Inventar erbt sich nun, daß außer 507 fl. 30 fr. wahrscheinlich zum größten Theil ungeliebigen Ausständen, das vorhandene Activovermögen nur in 173 fl. 29 fr. besteht, während die Schulden ausschließlich des baaren zu 550 fl. angegebenen Einbringens der Wittve 1525 fl. 31 fr. betragen, die Masse somit dergestalt überschuldet ist, daß die Wittve für ihr Einbringen nicht Befriedigung erhalten kann. Es werden daher, nachdem auch die unterfertigte Stelle zur Erkennung des Concursus ermächtigt worden ist, sämmtliche Creditoren des verstorbenen hiesigen Bürgers und Schneidermeisters Friedrich Dehert aufgefordert, ihre Ansprüche im Termin Dienstag den 13. März d. J., Vorm. 10 Uhr, so gewisser dahier geltend zu machen, als sonstigen sie von der vorhandenen Masse ausgeschlossen werden sollen. Der Präklusivbescheid wird nur auf der Amtsstube eröffnet.

Domburg, den 3. Februar 1849.  
Landgräf. Hess. Justizamt.  
Dr. v. Haupt.